



Nummer 1|2011

Kirche und Umwelt

Eglise et environnement

Chiesa e ambiente

Baselgia ed ambient



Der biblische Schöpfungsauftrag an den Menschen, sich «die Erde untertan zu machen», hat eine rücksichtslose Ausbeutung der Welt und am Ende die Gefährdung der Biosphäre durch den Menschen zur Folge gehabt. Die Debatten um die Atomkraft und deren Folgeprobleme mündeten in den konziliaren Prozess gegenseitiger Verpflichtung zu «Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung», der heute unser theologisches Nachdenken prägt. Die Übernahme von Verantwortung in diesen Bereichen führt auch innerhalb der Kirche zu unterschiedlichen Forderungen und Handlungsoptionen. Dennoch sind mir folgende Feststellungen wichtig:

Wir brauchen eine Energiepolitik, die nicht wieder neu auf Atomkraft setzt. Dem Ausbau und der Nutzung regenerativer Energien gehört die Zukunft. Für mich übersteigt die Dauer der Strahlung der einzulagernden Brennelemente das dem Menschen gegebene Mass an Verantwortungsmöglichkeit.

Gott ist der Schöpfer, der Mensch ist Gottes Geschöpf – dieses Bekenntnis bezeugt den grundsätzlichen Unterschied zwischen Gott und Mensch. Es verweist den Menschen auf sein «menschliches Mass» und bewahrt ihn vor Überheblichkeit und Menschenvergötzung.

Nikolaus Schneider, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland EKD.

Energiewende ist Willensfrage

Jürg Buri

Der Countdown läuft: Ende 2008 haben Alpiq, BKW und Axpo drei Rahmenbewilligungsgesuche für neue Atomkraftwerke in Gösgen, Beznau und Mühleberg eingereicht. Die neuen Werke sollen eine elektrische Leistung von bis zu 4800 Megawatt haben und damit die drei alten AKWs in ihrer Leistung rund fünfmal ersetzen. Damit wäre die nächste Stromschwemme perfekt. Allerdings geht die öffentliche Hand (als Besitzerin der Stromkonzerne) damit auch finanziell ein beträchtliches Risiko ein, rechnet man pro AKW doch mit Baukosten zwischen 7 und 10 Milliarden Franken – der Berner Regierungsrat spricht sogar von 9 bis 15 Milliarden Franken – Reservevorhaltung, Netzintegration, Haftpflichtversicherung und Backend-Kosten exklusiv.

Kein Spaziergang für die AKW Promotoren: Werden die Rahmenbewilligungsgesuche von Bundesrat und Parlament nach einem umfangreichen Verfahren nach rund vier Jahren gutgeheissen, ergreift die Allianz «Nein zu neuen AKW» das Referendum. Damit kommt es in der Schweiz zu einer Premiere: Erstmals dürfen die StimmbürgerInnen Ja oder Nein sagen zu neuen AKW. Fällt der Volksentscheid gegen neue AKW aus, ist die Sache wohl erledigt. Sprechen sich die StimmbürgerInnen hingegen für neue AKW aus, folgt für die AKW-Promotoren noch ein langer verfahrenstechnischer Hürdenlauf bis zur endgültigen Betriebsbewilligung: Gutachten, Vernehmlassungen, öffentliche Auflagen und Einspracheverfahren sowie Beschwerdemöglichkeiten bis zum Bundesverwaltungs- und Bundesgericht werden mindestens zehn weitere Jahre in Anspruch nehmen. Da die AKW-Frage sehr polarisiert, ist mit weiteren Protesten der Bevölkerung und mit Widerstandsaktionen zu rechnen, die zu grossen zeitlichen Verzögerungen führen können.

Neue AKW kommen zu spät: Erst wenn alle diese Hürden überwunden sind, könnten neue AKW die ersten Kilowattstunden ins Netz liefern. Das kann frühestens ab dem Jahr 2025 der Fall sein. Da scheint es um einiges vernünftiger, nicht so viel Zeit zu verlieren, und unsere ganze Kraft sowie finanziellen Mittel in sofort verfügbare Stromspartechnologien und in die Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen zu investieren. Das erspart uns – wie im Synthesebericht der Energieperspektiven des Bundes nachzulesen ist – ein weiteres «Klumpenrisiko» mit unverantwortbaren Nebenwirkungen.

Jürg Buri ist Geschäftsführer der Schweizerischen Energie-Stiftung.

In dieser Ausgabe

oeku lehnt neue Atomkraftwerke ab	2
Vielfältige Schöpfungszeit	3
Wer steckt hinter «Christen + Energie»?	6
Mitteilungen	8
Schwerpunkt	
Schwierige Energiewende	4–5

Energieberatung für Kirchen

Am 1. Juli 2010 trat das Ökofonds-Reglement der **Römisch-Katholischen Landeskirche des Kantons Aargau** in Kraft. Seither bearbeitete der Fondsfachrat Gesuche aus einem guten Dutzend Kirchgemeinden. Dabei wurden neben Energieberatungen so innovative Projekte wie eine Wärmerückgewinnungsanlage (aus Lüftungsanlage) und ein Wärmetauscher (aus naheliegendem Gewässer) unterstützt.

Auf Januar 2011 treten nun **zwei neue Förderfonds** zur Unterstützung von Massnahmen im Energiebereich in Kraft. Die **Synode der Reformierten Landeskirche des Kantons Aargau** hat ein Fondsreglement approbiert, welches aus einem Topf von maximal 300'000 Franken Energiemassnahmen in den Kirchgemeinden unterstützt. Die Gelder sind für indirekte Massnahmen vorgesehen wie: Energietechnische Gebäudeanalysen, Konzepte zur ökologisch und ökonomisch sinnvollen Energieeinsparung, Begleitung bezüglich energetischer Fragen beim Planungs- und Bauprozess, Unterstützung bei der Finanzierung der Bauten.

Die Reformierte Landeskirche Aargau bzw. ihre 75 Kirchgemeinden besitzen und unterhalten 92 Kirchen, 66 Kirchgemeindehäuser und 24 Nebengebäude sowie ca. 120 Pfarrhäuser (bzw. einige Pfarrwohnungen). Mit diesen ca. 330 Immobilien, die zum Teil überdurchschnittlich gross sind, ist die Reformierte Landeskirche neben der öffentlichen Hand und den Pensionskassen eine der grössten Immobilienbesitzerinnen im Kanton Aargau.

Auch die **Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn** sehen für die Jahre 2011–2013 einen Topf von jährlich Fr. 10'000 für Beiträge an Energieberatungen und Energiekonzepte in den Kirchgemeinden vor. Mit der Verwaltung der Gelder und mit der Beurteilung der Gesuche der Kirchgemeinden wurde die oeku beauftragt.

oeku lehnt neue Atomkraftwerke ab

Bis Ende März 2011 müssen sich die Kantone zu den Rahmenbewilligungsgesuchen für neue Atomkraftwerke äussern – in den Kantonen Waadt, Bern und Jura sind Volksbefragungen vorgesehen. oeku Kirche und Umwelt hat grundsätzliche, ethisch begründete Einwände gegen neue Atomkraftwerke.

Obwohl das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI die drei Standorte Mühleberg, Gösgen und Beznau für geeignet hält, empfiehlt oeku Kirche und Umwelt, neue Atomkraftwerke an der Urne abzulehnen. Ethische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Argumente sprechen dagegen. Die Zukunft gehört der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien.

Aus diesen Gründen lehnt oeku Kirche und Umwelt neue Atomkraftwerke ab:

1.) Die Lagerung des hochradioaktiven Abfalls ist noch nicht einmal für die bestehenden Atomkraftwerke gesichert. Die Bewilligung neuer Werke stellt das bisherige Verfahren in Frage, einen Lagerstandort zu finden.

2.) Atomenergie widerspricht grundsätzlich der Generationengerechtigkeit: Während weniger Jahrzehnte profitiert eine einzige Generation von dieser Art der Stromproduktion. Künftigen Generationen bleibt die Aufgabe, über tausende von Jahren den hochgiftigen Abfall zu hüten.

3.) Die Nutzung der Atomenergie ist mit beträchtlichen Risiken verbunden. Ein grosser Unfall hat katastrophale Auswirkungen, wie der Reaktorunfall von Tschernobyl gezeigt hat. Ein Unfall kann auch bei neuen Reaktoren nicht ausgeschlossen werden. Zu berücksichtigen ist zudem die Gefahr von Terroranschlägen.

4.) Atomenergie ist nicht erneuerbar. Uran muss genauso wie Erdöl aus dem Ausland importiert werden und ist ein endlicher Rohstoff.

5.) Der Uranabbau und die Herstellung von Brennelementen ist mit grossen ökologischen und gesundheitlichen Belastungen für die betroffene Bevölkerung verbunden, wie aktuelle Beispiele dokumentieren.

6.) Alternativen sind vorhanden, wirtschaftlich einsetzbar und haben weniger Nachteile als Atomkraftwerke. Verschiedene Studien, u.a. das Szenario IV des Bundesamtes für Energie zeigen, dass eine sichere Stromversorgung auch ohne neue Atomkraftwerke möglich ist. Es ist eine Frage des politischen Willens, diesen Weg zu gehen.

7.) Im Zug der Liberalisierung des Strommarktes, der Fortschritte bei der Energieeffizienz sowie den erneuerbaren Energien ist zudem damit zu rechnen, dass sich die Investition in weitere Atomkraftwerke, die erst 2030 betriebsbereit wären, wirtschaftlich gar nicht lohnt.

oeku Kirche und Umwelt ist überzeugt, dass der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien die Zukunft gehört. Die Laufzeit der bestehenden Atomkraftwerke muss genützt werden, um mit gezielten Massnahmen den Stromverbrauch zu senken und die Erneuerbaren zu fördern.

Den Berner Stimmberechtigten empfiehlt die oeku darum, beispielhaft voranzugehen, den Neubau in Mühleberg abzulehnen und dem kantonalen Energiegesetz inklusive Förderabgabe auf Strom zuzustimmen.

oeku-Medienmitteilung vom 25. November 2010;

französische Version auf www.oeku.ch/fr

IMPRESSUM oeku-Nachrichten

Ausgabe 1/2011, Januar 2011

Herausgeber | Editeur oeku Kirche und Umwelt | oeku Eglise et environnement, PF | CP 7449, 3001 Bern, T 031 398 23 45, F 031 398 23 47, info@oeku.ch, www.oeku.ch, Postkonto 34-800-3

Redaktion | Rédaction Kurt Zaugg-Ott (zg), Kurt Aufderreggen (ak) Layout ak Übersetzung |

Traduction Martine Besse, Biel Druck, Versand |

Impression, diffusion Basisdruck Bern.

Adressänderungen an oeku, PF 7449, 3001 Bern



Diese oeku-Nachrichten behandeln schwergewichtig das Thema «Atomenergie». Die bevorstehenden Abstimmungen in den Kantonen Bern, Waadt und Jura sowie die gesellschaftspolitische Brisanz rufen nach dieser vertieften Auseinandersetzung. Das Schweizer Volk wird voraussichtlich 2013 über neue AKWs abstimmen.

Petition fordert Schutz der Biodiversität

Die Petition «Rettet die Biodiversität – jetzt!» fordert einen besseren Schutz unserer Lebensgrundlagen. Am 13. Dezember wurde sie eingereicht.

Zum Ende des Internationalen Jahres der Biodiversität 2010 fordern 28'402 Personen den konkreten Schutz der Biodiversität in der Schweiz. Sie haben die Petition «Rettet die Biodiversität – jetzt!» von Pro Natura und des Schweizer Vogelschutzes SVS/BirdLife Schweiz unterschrieben. Am 13. Dezember haben die beiden Naturschutzorganisationen die Petition dem Parlament und dem Bundesrat übergeben. Die Petition fordert bedeutend mehr Mittel für die Sicherung und die Förderung unserer Lebensgrundlagen und eine griffige Biodiversitätsstrategie. Mit dem Ende des Internationalen Jahres fängt die Arbeit für die Politik erst richtig an.

Medienmitteilung www.pronatura.ch



Spezialfonds «Klima und Entwicklung»

«Brot für alle» und «Fastenopfer» unterstützen die Ärmsten bei der Anpassung an den Klimawandel. Der «Klimafonds» hilft.

José hat endlich wieder eine gute Reisernte. Noch vor wenigen Jahren musste seine Familie hungern, weil das selbstgezoogene Saatgut den Kapirolen des Wetters nicht standhielt. Was ist geschehen? Masipag, eine philippinische Organisation auf Mindanao, half der Familie bei der Anpassung an den Klimawandel und förderte den Wissensaustausch zwischen der Landbevölkerung und Wissenschaftlern. So garantieren etwa traditionelle und angepasste Reissorten auch bei verändertem Klima gute Ernteerträge.

Liebe oeku-Leute

Mail vom 29. September 2010:

«Am vergangenen Sonntag feierten wir Erntedank zum Motto der Schöpfungszeit «Vielfalt – Geschenk Gottes». [...]

Die von den Jugendlichen selbst gepressten Fruchtsäfte fanden beim Apéro reissenden Absatz und die Tischbilder und Bildcollagen erhielten grosse Aufmerksamkeit. Die Ergebnisse aus dem Experiment mit den Linsen (ein Tipp aus der Impulsveranstaltung in Zürich) waren bemerkenswert.

Die Kollekte wurde zugunsten der oeku aufgenommen und wird in den nächsten Tagen überwiesen.

Herzlichen Dank für Eure Unterstützung. Wir freuen uns jedes Jahr darauf, die Schöpfungszeit bei uns zu thematisieren.»

Liebe Grüsse, Claudia Rüeegsegger

Klimarelevante Massnahmen

Der Spezialfonds «Klima und Entwicklung» unterstützt solche Projekte im Süden und reduziert dadurch die Verletzlichkeit der ärmsten Bevölkerung gegenüber klimabedingten Naturkatastrophen. Denn der Klimawandel verstärkt existierende Umweltprobleme wie Dürren, Stürme und Überschwemmungen. Davon betroffen sind Bevölkerungsgruppen, die von der Landwirtschaft leben und von den klimatischen Bedingungen ihrer Umgebung besonders abhängig sind.

Der Spezialfonds «Klima und Entwicklung» bietet Institutionen und Privatpersonen die Möglichkeit, klimarelevante Massnahmen in Entwicklungsprojekten direkt und wirksam zu unterstützen. Zudem werden Aktivitäten zur Reduktion von Treibhausgasemissionen gefördert.

Evelyn Kamber, Brot für alle

Bildkalender zur Schöpfung

Wunderschöne Naturbilder verbunden mit berührenden Bibelversen – so kann man den neuen Bildkalender der Missionswerke umschreiben, der dieses Jahr die Schöpfung zum Thema hat. Zwölf stimmungsvolle Bilder aus aller Welt begleiten Sie zu Hause, am Arbeitsplatz oder in den Räumen Ihrer Kirchgemeinde durchs Jahr.

Bestellungen: www.mission-21.org > Material (Fr. 8.–)

Solaranlage zur Konfirmation

Ein aussergewöhnliches Konfirmationsprojekt haben sich die Konfirmandinnen Selina Steiner, Nina Hulliger, Natacha Schüpbach und ihre muslimische Mitschülerin Mirela Ravnjak ausgedacht: Sie installierten eine ausbaufähige Solaranlage auf dem Dach des Kirchgemeindehauses Koppigen. Die «4 Girls 4 Sun» liessen sich beim Projekt von «Jugendsolar Greenpeace» helfen und sammelten selber Geld dafür.



Spektakulär war die Montage der Anlage: Da das Dach sehr steil ist, kam die Feuerwehr den vier Girls mit ihrem Leiterwagen zu Hilfe.

Als Anerkennung für das Projekt pflanzten der Pfarrer und Vertreter der Schweizerischen Vereinigung für Solarenergie einen Zwetschgenbaum im Pfarrgarten von Koppigen.

Bestellungen: www.mission-21

Beilage: Infolyer zum Klimafonds

Diesen oeku-Nachrichten beigelegt ist ein Flyer zum Spezialfonds «Klima und Entwicklung». Projektbeiträge an den Spezialfonds werden von «Brot für alle» und «Fastenopfer» für Entwicklungsprojekte im Klimabereich verwendet (Beispiele siehe nebenan). Kirchgemeinden können zudem durch die Reduktion ihres Energiekonsums zeigen, dass sie die Bewahrung der Schöpfung ernst nehmen. Eine Anleitung dazu bietet der Leitfaden «Energie sparen und Klima schützen», den die oeku im Rahmen der Ökumenischen Fastenkampagne 2009 mit den Werken erarbeitet hat.

Download und Bestellung unter www.oeku.ch

Schwierige Energiewende

Eine nachhaltige Energieversorgung für die Schweiz wird von allen Seiten gewünscht. Die politischen Signale sind aber widersprüchlich. Es braucht Entscheidungen für mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Von Deutschland kann die Schweiz lernen, wie CO₂-Reduktion und Atomausstieg gleichzeitig möglich sind.

Die Schweiz ist zu über 80 Prozent von nichterneuerbaren Energieträgern wie Öl, Gas, Kohle und Uran abhängig. Mit dieser Abhängigkeit hat die Schweiz ein Problem. Der Bundesrat selbst hält in seiner Strategie «Nachhaltige Entwicklung» aus dem Jahr 2008 fest: «Nachhaltig kann nur ein Energiesystem sein, das die Bedürfnisse von Wirtschaft und Gesellschaft dank rationellerer Energienutzung mit stark reduziertem Ressourceneinsatz abdeckt und soweit möglich erneuerbare Quellen nutzt»¹.

Nachhaltige Energieversorgung

Die Bundesstellen sprechen langfristig von der Vision der 2000-Watt-Gesellschaft, die anzustreben sei. Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund hat in seiner «Energieethik» dieses Ziel aufgenommen und auch aus ethischen Gründen als erstrebenswert bezeichnet. Denn das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft vereint den Aspekt der Gerechtigkeit – alle Erdenbewohner sollen über eine vergleichbare Energiemenge verfügen können – mit demjenigen der ökologischen Verträglichkeit. D.h., dass über das Fernziel oder die «Vision» 2000-Watt pro Person eigentlich Einigkeit besteht, nicht aber über die Entscheidungen, die in unmittelbarer Zukunft getroffen werden müssen.

Politik widersprüchlich

Die Signale von politischer Seite sind äusserst widersprüchlich. Erneuerbare Energien werden mit «angezogener Handbremse» gefördert. Die Warteliste für die kostendeckende Einspeisevergütung ist lang, verbindliche Verbrauchsvorschriften für Autos, Maschinen und Elektrogeräte lassen auf sich warten. Mit dem Gebäudeprogramm werden Massnahmen zur Energieeinsparung

¹ Schweizerischer Bundesrat: Strategie Nachhaltige Entwicklung, Leitlinien und Aktionsplan 2008–2011. Bern, 2008, 17.

bei Gebäuden inzwischen zwar gefördert. Ein Tabu sind aber nach wie vor Lenkungsabgaben im Verkehr und bei der Stromeffizienz. Es besteht aber ein Zusammenhang zwischen der Reduktion der CO₂-Emissionen und dem Stromverbrauch. Der Ausstieg aus dem Öl führt zu höherem Stromverbrauch für Wärmepumpen und Elektromobilität. Genau deswegen ist Effizienz nicht nur bei Öl, Benzin und Gas gefordert, sondern auch beim Strom. Nur wenn auch dort Effizienzmassnahmen greifen, kann auf neue Grosskraftwerke verzichtet werden. Die Elektrizitätswirtschaft fordert mit Nachdruck den Neubau von Atomkraftwerken, während eine Schweizer Stadt nach der andern aus der Atomkraft aussteigt und auf erneuerbare Energien setzt – nach Basel und Zürich neuerdings auch Bern und St. Gallen. Die Politik ist damit Abbild einer gespaltenen Gesellschaft. Der Klimawandel beschäftigt breite Bevölkerungskreise aber noch immer fehlt der Wille, die notwendigen Massnahmen umzusetzen. Wir stecken als Gesellschaft mitten im Prozess einer «spirituellen Prüfung», wie sie in der Energieethik des SEK beschrieben wird. Ein Teil der Gesellschaft will nicht wahr haben, dass das fossile Zeitalter mit billiger Energie und Energieverschwendung zu Ende geht. Ein anderer Teil hat sich mit Bertrand Piccard bereits der solaren Zukunft zugewandt und setzt auf die 2000-Watt-Gesellschaft. Viele schwanken zwischen diesen beiden Polen.

Wohlstand und Energieverbrauch

In den letzten Jahrzehnten bestand ein Zusammenhang zwischen dem steigenden Energieverbrauch und der Zunahme des Wohlstandes in unserem Land. Insofern ist die Meinung, billige Energie sei Voraussetzung für Wohlstandsgewinn, noch immer weit verbreitet. Mit diesem Argument, wird auch der Ersatz der

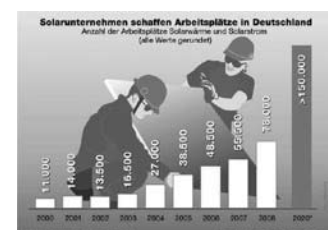
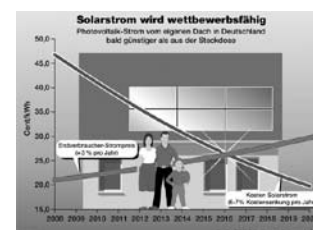
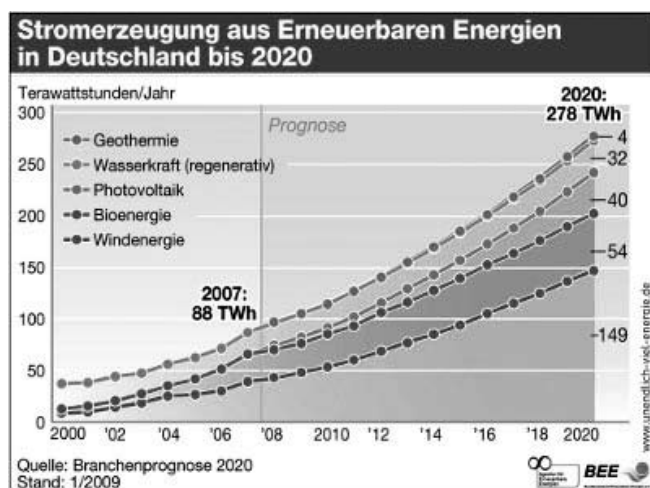


Tabelle oben links: Solarstrom wird billiger. Die Preise für Solarstromanlagen sind allein im letzten Jahr um 13% gesunken. Hält die Entwicklung bei den Preisen weiter an, wird der selbst erzeugte Photovoltaik-Strom schon kurzfristig mit normalen Haushaltsstromtarifen konkurrieren können. Der Deutsche Bundesverband Solarwirtschaft (BSW) rechnet schon 2012 mit dem Eintreten dieser sogenannten Netzparität.

Grafik oben rechts: Die Erneuerbaren Energien sind ein deutscher Exportschlager. 2008 wurde regenerative Anlagentechnik im Wert von 12 Milliarden Euro exportiert. 340'000 Deutsche arbeiten bereits in der Erneuerbaren-Energien-Branche.

alten Atomkraftwerke vorangetrieben. Ausgeblendet werden bei dieser Sichtweise die negativen Auswirkungen des Energieverschleisses: Abhängigkeit vom Ausland, Abfallprobleme, Zersiedelung dank billiger Mobilität, Luftverschmutzung und Klimaerwärmung.

Schweiz verfehlt Klima-Ziele von Kyoto

In der Schweiz verpuffen rund 40 Prozent der Energie, weil Effizienzmassnahmen sich aufgrund der tiefen Energiepreise nicht lohnen. Im CO₂-Gesetz sind Lenkungsabgaben für Treib- und Brennstoffe eigentlich vorgesehen für den Fall, dass die Schweiz das Kyoto-Ziel nicht erreicht. Interessengruppen haben über Jahre erfolgreich die CO₂-Abgabe verzögert und bei Treibstoffen gar verhindert. Das Resultat ist, dass die CO₂-Emissionen aus dem Verkehr 21 Prozent über dem angestrebten Ziel liegen! Die Schweizer Delegation musste mit der peinlichen Botschaft zur Klima-Konferenz nach Cancun reisen, dass die Schweiz ihre Klima-Ziele verfehlt.

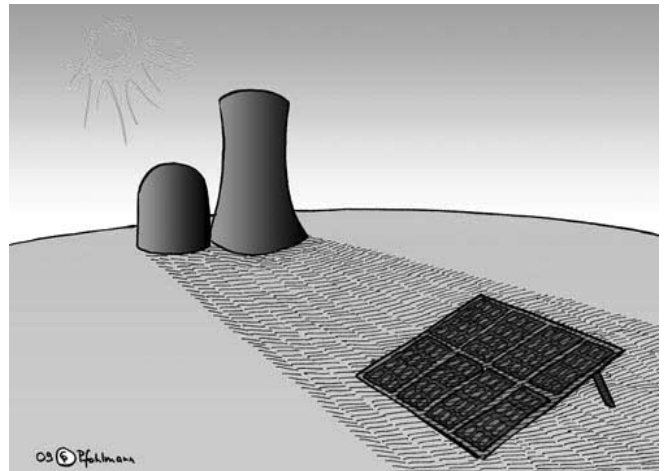
Vorreiter Deutschland

Was wir in der Schweiz kaum zur Kenntnis nehmen: Deutsche Windkraftanlagen produzierten 2009 bereits mehr Strom als sämtliche Schweizer Atomkraftwerke. Zudem deckt Deutschland bereits über ein Prozent seines Strombedarfs (das entspricht knapp der Leistung des Atomkraftwerks Gösgen) mit Solarstrom – bei einer jährlichen Zuwachsrate von über 50 Prozent. Dazu kommen erneuerbare Energien wie Solarwärme und Biomasse. Der Ausbau der erneuerbaren Energien kurbelt die deutsche Wirtschaft an und schafft Tausende von Arbeitsplätzen.

«Wachstum, neue Märkte, Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit hängen davon ab, wie wir bei wachsender Ressourcenknappheit technologische Innovationen in unsere Produktionsprozesse integrieren», meinte der deutsche Umweltminister Röttgen (CDU) gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (20.05.2010). Umweltpolitik gestalte die wirtschaftliche Entwicklung mit. Unser nördlicher Nachbar hat zum Ziel, aus der Atomenergie auszusteigen und gleichzeitig seinen CO₂-Ausstoss bis 2020 um 40 und bis 2050 um 85 Prozent zu senken.

Angetrieben wird der Umbau der Energieversorgung in Deutschland vom Klimaschutz. In der Schweiz deckt erneuerbarer Strom aus Wasserkraftwerken schon heute 60 Prozent des Bedarfs.

Eine gute Ausgangslage für die Vollversorgung mit erneuerbarem Strom. Die Wasserkraft wäre in idealer Weise geeignet, Schwankungen bei Wind- und Solarstrom auszugleichen. Nach Berechnungen der Internationalen Energieagentur hat die Sonne in der Schweiz zudem langfristig das Potential 30 Prozent des Stromes zu liefern. Dazu kommen Windenergie, Solarwärme, Energie aus Biomasse und Geothermie. Die Schweiz könnte eine ambitionierte Umwelt- und Wirtschaftspolitik wie sie Deutschland betreibt, wesentlich einfacher umsetzen.



Neue Atomkraftwerke unnötig

Bis zum kommenden März können die Kantone ihre Stellungnahme zu den Rahmenbewilligungsgesuchen für neue Atomkraftwerke abgeben. In Bern, Waadt und Jura kann die Bevölkerung dazu Stellung nehmen. oeku Kirche und Umwelt empfiehlt in einer Stellungnahme, neue Atomkraftwerke abzulehnen (siehe Seite 2). In einer Gesamtenergiepolitik, die das Schwergewicht auf Effizienzgewinne und erneuerbare Energien setzt, sind Atomkraftwerke ein Fremdkörper. Atomkraftwerke erhöhen im Strombereich das Energieangebot, verhindern dadurch Effizienzmassnahmen und behindern den Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Schweiz wird den Weg in die 2000-Watt-Gesellschaft erst dann konsequent gehen, wenn die «Option Kernenergie» mit all ihren Nachteilen vom Tisch ist.

Kurt Zaugg-Ott

Cancun: Erwartungen übertroffen

Die Uno-Klimakonferenz von Cancun hat die tief angesetzten Erwartungen klar übertroffen. Das Resultat der Verhandlungen ist ein Weihnachtsgeschenk an die Welt, das sehr viel weitere Arbeit verursachen wird.

Eine zweite Verpflichtungsperiode für das Kyoto-Protokoll ist noch immer nicht verabschiedet und die Schwellenländer haben keine verpflichtenden Massnahmen versprochen. Zu verantworten haben diese Situation Japan, Russland,

Kanada und die USA mit ihrer Blockadepolitik. Zahlreiche Beschlüsse in den Bereichen Finanzierung des Klimafonds, Vermeidung von Abholzung und Technologietransfers machen die Bilanz jedoch positiv. Zudem ist jetzt in einem Beschluss festgehalten, dass die Klimaerwärmung unter 2 Grad Celsius bleiben soll, um gefährlichen Klimawandel zu verhindern. Festgehalten wurde, dass die Industrieländer bis 2020 ihre Treibhausgas-Emissionen insgesamt um 25 bis 40% gegenüber 1990 reduzieren müssen.

Die oeku erwartet deshalb zusammen mit Klima-Allianz-Organisation und Kirchen, dass die Schweiz ihr bisheriges Reduktionsangebot von 20 auf 40 Prozent verdoppelt. Damit schliesse sich die Schweiz Industrienationen wie Deutschland, Schweden, England und Norwegen an. Denn ohne grosse Fortschritte auf nationaler Ebene in möglichst vielen Ländern wird es an der nächsten Konferenz in Südafrika kein genügendes Klimaabkommen geben. *wwf/zg*

Beten für AKWs

Blogbeitrag von Thomas Angeli

In einem Brief an sämtliche römisch-katholischen und evangelisch-reformierten Kirchgemeinden der Schweiz bittet die *Arbeitsgruppe Christen & Energie (ACE)* um «Aufnahme in den Kollektenplan Ihrer Gemeinde». Nach dem finalen Segen soll also an einem der Sonntage im kommenden Jahr in den Schweizer Kirchen nicht für die Bekämpfung von Aids in Afrika oder für «Brot für alle» gespendet werden, sondern für eine *Arbeitsgruppe*, welche «die ethischen Grundlagen unseres Umgangs mit der Energie überdenken» und dies «vermehrt auch besser in der Öffentlichkeit» tun will.

Bei diesem Überdenken kommt jedoch bei der *ACE*, in deren Vorstand auch der CVP-Nationalrat und frühere Schweizergarde-Kommandant Pius Segmüller sitzt, seit Jahren immer wieder etwa das Gleiche heraus: Ob die *ACE*, welche die Öffentlichkeit bisher eher gemieden hat, nun über die «saubere» Herkunft des in der Schweiz verwendeten Urans aufklärt, unter Seelsorgern Meinungsumfragen zur künftigen Stromversorgung veranstaltet oder, wie im jüngsten Positionspapier mit dem wohlklingenden Namen «Ethik und Strom 2020» Empfehlungen für die «Strom-Zukunft» abgibt: Atomkraft schneidet stets gut ab.

Wer jedoch einen Blick in besagtes Positionspapier wirft, kommt tatsächlich etwas ins (Über-)Denken: So erhält Atomkraft von der *ACE* etwa die Höchstnote in der Kategorie «Betriebsicherheit» (Fragestellung: «Welche Arten der Stromerzeugung sind derart sicher ausgelegt,

«Christen + Energie» entpuppen sich als Atomchristen

An der Winter-Synode der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn bezog der Synodalrat Stellung zu einem Kollektenaufwurf der Arbeitsgruppe «Christen + Energie». Da die oeku von verschiedenen Seiten zum Hintergrund des Kollektenaufwurfs befragt worden ist, drucken wir einen Auszug aus der Fragestunde und die Antwort des Synodalrats ab.

Fragestunde an der Wintersynode der Ref. Kirchen BE-JU-SO vom 8.12.2010

«Christen + Energie ist bekannt als kirchlich orientierter Flügel der Interessensvertreter zur Förderung der Kernenergie. [...] Im Unterschied zur oeku legt Christen + Energie jedoch nicht offen, woher sie finanziert wird. [...]

Gewiss sind unter den Mitgliedern unserer Kirche Befürworter und Kritiker der Kernenergie vertreten. Das darf so sein, und alle haben das Recht, ihre Ansicht zu vertreten. Stossend wirkt jedoch, wenn Christen + Energie bei Kirchgemeinden um finanzielle Unterstützung bittet, dies in der offenen Absicht, im Blickfeld der Energieabstimmungen vom nächsten Jahr für ihre Sichtweise PR zu betreiben.

Wie stellt sich der Synodalrat zu solcher politischer Einflussnahme über die Kirchgemeinden im ganzen Kirchengebiet?

Antwort des Synodalrates der Reformierten Kirchen BE-JU-SO

Der Synodalrat informiert die Kirchgemeinden, dass der Versand der Arbeitsgruppe Christen + Energie keine gesamtkirchliche Kollekte ist. Ebenso ist der Aufruf weder durch den Synodalrat initiiert noch unterstützt.»

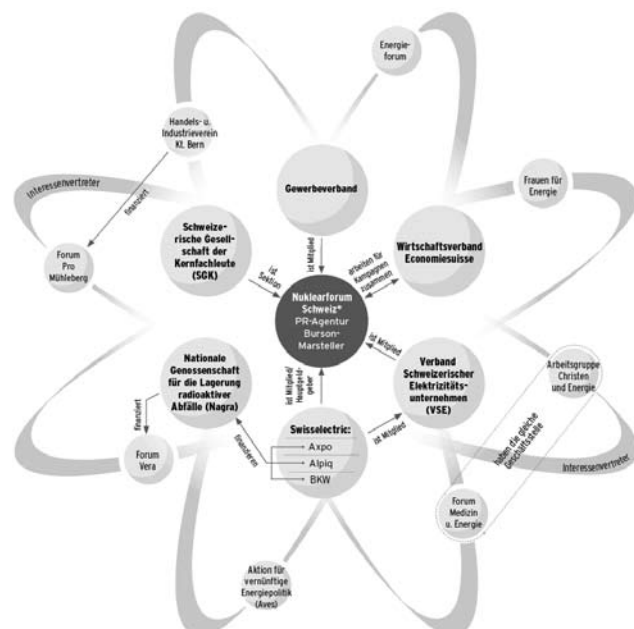
dass eine Gefährdung für Menschen und Umwelt gegen Null tendiert? (Auch im Fall einer ersten und schwerwiegenden Betriebsstörung)).

Dass es auch beim Punkt «Klimaschutz» die Höchstnote (drei Smileys) gibt, versteht sich fast schon von selbst. Interessanter wird es da schon wieder bei der «Generationengerechtigkeit». Auf die Frage «Welche Arten der Stromerzeugung verbrauchen möglichst wenig Ressourcen (...); bzw. überlassen künftigen Generationen möglichst wenig nicht zumutbare Lasten?» gibt es immerhin zwei Smileys und das

Prädikat «trifft zu».

Der Energieblogger als Stromkonsument und gelegentlicher Kirchgänger denkt ob solchen Bewertungen an Tschernobyl, Majak und Atom-müll und reibt sich erstaunt die Augen. Dass die Atomkraft in der Schlussabrechnung der *ACE* mit dem Prädikat «sehr empfehlenswert» abschneidet, während die göttliche Kraft der Sonne als Energiequelle abgeschlagen auf dem letzten Platz ein «weniger empfehlenswert» erhält, wundert ihn dann schon nicht mehr so sehr.

<http://thomasangeli.wordpress.com>



Der Atomkern: Die Lobbyorganisation Nuklearforum ist vielfältig vernetzt. Die Arbeitsgruppe Christen + Energie betreibt eine Geschäftsstelle in Zürich. Geschäftsführer Daniel Frey leitet die Kommunikationsagentur «Frey Communications AG» und hat bereits fürs Forum «Medizin und Energie» umstrittene Publikationen verantwortet.

Infografik aus der Zeitschrift «Beobachter», Ausgabe 20/2010.

Solaranlagen billiger

Weil der Bau von Solaranlagen billiger wird, senkt der Bund ab 2011 die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) für neue Anlagen um 18 Prozent. Gleichzeitig verdoppelt er den Anteil des Solarstroms am KEV-Fördertopf auf 10 Prozent. Die Preise für Photovoltaikanlagen seien deutlich stärker gesunken als bei der Einführung der Einspeisevergütung 2009 angenommen, teilte der Bundesrat mit. Diese Preisvorteile müssten beim Festlegen der Vergütung berücksichtigt werden, damit die Anlagenbetreiber keine übermässigen Renditen erzielen. 1600 Solaranlagen speisen bereits Strom ins Netz, 56 Anlagen sind in Bau oder Planung, 7033 Projekte stehen auf der Warteliste.

Büchertipp

Wandel der Biodiversität in der Schweiz seit 1900



Im Jahr 2003 beschlossen die Umweltminister Europas, den Verlust der Biodiversität bis ins Jahr 2010 zu stoppen. Haben wir dieses Ziel erreicht?

Die vorliegende Studie des Forum Biodiversität Schweiz gibt fundierte Antworten auf diese Frage. Die umfassende Analyse zeigt auf Basis der besten verfügbaren Daten und differenziert für unterschiedliche Aspekte der biologischen Vielfalt, wie sich die Biodiversität in der Schweiz seit 1900 entwickelt hat. Die Resultate zeigen, dass weiterhin ein grosser Handlungsbedarf besteht.

Thibault Lachat, Daniela Pauli, Yves Gonseth, Gregor Klaus, Christoph Scheidegger, Pascal Vittoz, Thomas Walter (Red.). *Wandel der Biodiversität in der Schweiz seit 1900 – Ist die Talsohle erreicht?*, ca. 350 Seiten, ca. 160 Fotos, ca. 20 Grafiken, Klappenbroschur, EUR 23.50 (D) / CHF 36.–, ISBN 978-3-258-07569-3

Les Eglises se mettent au vert

Les paroisses adaptent leur vie quotidienne aux règles du développement durable

Philippe Dumartheray

Qu'attend-on des Eglises? Qu'elles accueillent les fidèles dans la Maison du Seigneur certes. Mais qu'elles prêchent aussi par l'exemple en relevant le grand défi environnemental.

Comment les Eglises peuvent-elles dès lors se mettre au vert? En suivant par exemple ce petit guide écologique à l'attention des Eglises qui décrit, point par point, les différentes mesures que les paroisses peuvent prendre pour économiser l'énergie et pour mieux gérer les ressources.

Encore un livre théorique, loin des réalités du terrain, que les pasteurs ou les curés ne feront que parcourir? Que nenni. Ce petit ouvrage est un véritable guide qui se lit facilement avec énormément d'exemples d'Eglises, en Suisse ou en France, qui ont déjà pris des mesures efficaces, de Spiez, dans le canton de Berne, à Disentis, dans les Grisons, en passant par Ligerolles, dans le canton de Vaud.

Ce petit guide s'adresse bien sûr avant tout aux paroisses. Reste que les conseils, dans le domaine de l'eau, du chauffage, de la mobilité, des déchets, sont suffisamment concrets pour pouvoir être utilisés beaucoup plus largement. On apprend ainsi ce qu'il faut faire si l'air est trop sec, ce qu'il faut entreprendre pour lutter contre les courants d'air. Sans oublier les nouveaux types de chauffage qui remplacent avantageusement le mazout. Le temple de Genthod, dans le canton de Genève, vient ainsi remplacer sa chaudière à mazout par une installation à pellets. Et l'église évangélique de Lonay, entre Morges et Lausanne, a réorganisé le nettoyage pour limiter les impacts négatifs sur l'environnement.

Ce petit guide a enfin une belle vertu, celle de nous faire sourire. Les dessins de Mix et Remix illustrent chaque chapitre. Avec humour mais également avec une dose d'ironie mordante. La défense de l'environnement réussit ainsi à éviter le sermon moralisateur. Un petit miracle!

Paroisses vertes, guide écologique à l'attention des Eglises, Kurt Aufderreggen, Labor et Fides, oeko, 143 p.

Ce qui disent les médias sur «Paroisses vertes»

« Ce petit ouvrage est un véritable guide qui se lit facilement avec énormément d'exemples d'églises en Suisse ou en France, qui ont déjà pris des mesures efficaces. (...) La défense de l'environnement réussit ainsi à éviter le sermon moralisateur. Un petit miracle ! »

La Tribune de Genève, 20 novembre 2010

« Ce livre, qui fourmille d'exemples, constitue un excellent manuel pour des paroisses francophones soucieuse de cohérence environnementale. »

La Croix, 18 novembre 2010

Agenda

6. NATUR Kongress 2011: «Natur und Konsum»

Mit Prof. Ernst U. von Weizsäcker («Faktor 5») und Fürst Albert von Monaco (Kampagne gegen Thunfisch-Konsum).

11. Februar 2011, Kongresszentrum Basel, www.natur.ch

Jahresauftakt GFS Ostschweiz: «Ethisch Geld anlegen»

Zum Jahresauftakt der ökumenischen Kommission GFS der ACK Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen SG/AR/AI geht Pfr. Dr. Daniel Schmid Holz der Frage nach, weshalb wir welches Geld anlegen und was mit dem Geld dann geschieht. Öffentliche Veranstaltung mit Referat und Teilette.

13. Februar 2011, Kirchgemeinde, Centrum St. Mangen, www.ack-asg.ch

Erste Schweizer Minergie Expo 2011

10.03. bis 13.03.11, Messe Luzern, www.minergie-expo.ch

Climate Week
21-27 March 2011

Klimawandel, fliessend

Wer Al Gore's Selbstdarstellung nicht mag oder «An Inconvenient Truth» schlicht zu lang fand, kommt beim Kurzfilm des deutschen Umweltbundesamtes auf die Kosten: «Beyond Climate Change – FLOW!», heisst das Werk. Prädikat: sehenswert.

Zu sehen unter www.youtube.com/watch?v=Qh6SCVlytye4

Kirchen gegen längere Laufzeiten

Die Evangelische Kirche von Westfalen und die Vereinte Evangelische Mission (VEM) haben die Deutsche Bundesregierung aufgefordert, am Atomausstieg festzuhalten. «Längere Laufzeiten von Atomkraftwerken führen in eine gefährliche Sackgasse», heisst es in einer gemeinsamen Erklärung.

«Atomkraftwerke behindern den Aufbau eines Stromnetzes, das auf dezentrale und regenerative Energiegewinnung ausgerichtet ist.» Die Kirchenvertreter fordern ein Energiekonzept, «das einen schnellen und konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien verfolgt».

www.evangelisch-wuppertal.de > Aktuelles

DISPLAY®: Gebäudeenergieausweis für öffentliche Bauten

Display ist ein Energieausweis für öffentliche Gebäude, vergleichbar mit den Energieplaketten von Haushaltgeräten oder Autos. In der Schweiz sind über 1600 Gebäude mit einem Display-Poster ausgerüstet. Für Kirchgemeinden lohnt es sich, bei der politischen Gemeinde nachzufragen, sofern diese Energiestadt ist.

www.energiestadt.ch

Neue Beleuchtungskonzepte

S.A.F.E., die Schweizer Lichtgesellschaft SLG und Energiestadt haben neue Ratgeber zu energieeffizienter Aussenbeleuchtung herausgegeben. Interessierte Gemeinden und Kirchgemeinden können sich von Spezialisten beraten lassen.

Auch bei der Innenbeleuchtung gibt es – besonders im Bereich der LED – eine rasante Entwicklung. Für ihr hervorragendes Beleuchtungskonzept wurde z.B. die Zwinglikirche Schaffhausen 2009 mit dem «Prix Lumière» ausgezeichnet.

www.energieeffizienz.ch/files/SB_Flyer_2008_d.pdf

www.energieeffizienz.ch/files/SB_AdresseBerater_d.pdf

www.topten.ch > Dokumentation

<http://lux.energybox.ch>

Mitteilungen

oeku-Vorstand stockt Arbeitsstelle auf

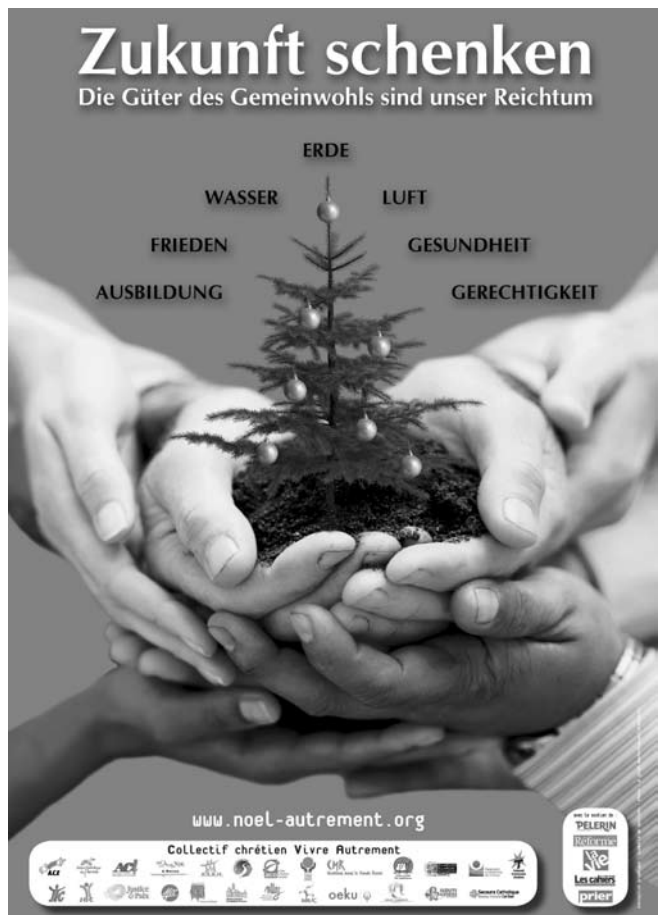
Der oeku-Vorstand traf sich am 12./13. November 2010 zur Jahresretraite im Romerohaus in Luzern. Schwerpunkt am Freitagnachmittag war eine Präsentation von Marianne Sorg, die fürs Aktionsprogramm EnergieSchweiz beim Bundesamt für Energie BFE arbeitet. Anschliessend diskutierte der Vorstand die Mehrjahresplanung der oeku, bei der das Thema Energie eine zentrale Rolle spielt. Um die verschiedenen Ideen und Projekte umsetzen zu können, bewilligte der Vorstand die Aufstockung des Sekretariats um 20 Stellenprozente. Die Finanzierung dieses zusätzlichen Arbeitstages pro Woche auf der Arbeitsstelle soll über Projektanträge bei Kantonalkirchen, kantonalen Energiefachstellen und Bundesämtern sichergestellt werden.

«Zwischen Wipfeln und Wurzeln – Lebensraum Wald»

Der Vorstand besprach auch den neuen SchöpfungsZeit-Zyklus zu den Lebensräumen. Dieser wird 2011 unter dem Motto «Zwischen Wipfeln und Wurzeln – Lebensraum Wald» gestartet. In den darauffolgenden Jahren wird sich die oeku mit weiteren Lebensräumen wie Gewässern, Kulturland, Siedlungen und Bergen auseinandersetzen.

2011 ist das Internationale Jahr des Waldes. Dies bietet oeku Kirche und Umwelt eine ideale Gelegenheit, den Wald selbst als Gottesdienst-Thema vorzuschlagen. Kirchgemeinden und Pfarreien erhalten die Gelegenheit, ihre Beziehung zum Wald zu feiern und zu pflegen aber auch kritisch zu hinterfragen – ökologisch, ökonomisch, geistlich und kulturell.

Der Vorstand schloss das Vereinsjahr mit einem gemeinsamen Mittagessen im Romerohaus und freut sich mit der Arbeitsstelle auf die Zusammenarbeit mit Mitgliedern, Kirchgemeinden, Freunden und Partnern im 2011. ak



Das Plakat des französischen Kollektivs «Vivre autrement» macht auf den «wahren Reichtum» der Güter des Gemeinwohls aufmerksam. Es wurde von der oeku auf Deutsch übersetzt. Informationen auf Französisch: www.noel-autrement.org

AZB
3001 Bern